

Mit Vollgas Richtung „Voll“-Autonomie

Volle Finanzhoheit, volle Gesetzgebung und volle Polizei. Die Autonomie - geht es nach der SVP - soll zu einer „Voll“-Autonomie ausgebaut werden. Sprich: autonomer als autonom. Von Grenzverschiebung oder neuer Grenzziehung hält die Sammelpartei nicht viel. Ein entsprechendes Positionspapier stellte Vizeparteibömannin, Martha Stocker, bei einer Sitzung des SVP-Bezirksausschusses Pustertal in Gais vor, zu der SVP-Bezirksobmann Albert Wurzer Parteioffiziere und Parteisoldaten eingeladen.

Frau Dr. Martha Stocker stockt nicht, wenn sie in Sachen Autonomie spricht. Als Historikerin kennt sie die Vergangenheit, als Politikerin hat sie klare Vorstellungen für die Zukunft. Sie ist überzeugt von dem, was sie sagt. Und: Stocker lässt nicht locker. „Voll“-Autonomie“ ist das neue Schlagwort der SVP. Grund genug, um das neue Positionspapier, das die Wegweiser (ob blechern oder hölzern) in eine klare Richtung positioniert, im Rahmen der Bezirksausschusssitzung den pusterer Parteifreunden vorzustellen.

„Voll“-Autonomie - das ganze Land in deiner Hand, darüber der weiße Adler, der seine beschwingten Flügel beschützend ausbreitet. Das Emblem des Positionspapieres sagt schon einiges aus. Der weiße Adler dürfte wohl als Synonym für den Frieden unter den Volksgruppen stehen, sich an die weiße Tau-



Alvert Wurzer, Martha Stocker

Quelle: SVP



Onorevole Helga Thaler-Außerhofer

Foto: alda

be anlehnd. Der Slogan unterstreicht die Wichtigkeit des Zusammenhaltendes und die Mitarbeit jedes Einzelnen. „Voll“-Autonomie setzt vollen Zusammenhalt voraus, nicht nur zwischen den Deutschen und Ladinern, nein, es braucht auch die Italiener, die zur Autonomie stehen und für deren weiteren Ausbau überzeugt eintreten.

„Wir sollten nicht definieren, welche weiteren Kompetenzen wir nach Südtirol holen sollten, sondern festlegen, welche Bereiche noch vom Staat geregelt werden müssen“, erklärte die SVP-Vizeobmannin. Zu diesen „Staatskompetenzen“ zählten unter anderem die Außen-, Verteidigungs- und Währungspolitik. Alle anderen Bereiche würde das Land übernehmen. Will heißen: Volle Finanzhoheit, wodurch Südtirol Steuern und Gebühren selbst festlegen und einheben müsste; volle Gesetzgebung, ist gleich die Überführung in die primäre Zuständigkeit aller Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnisse, die heute

in erster Linie noch beim Staat liegen. Im gleichen Zuge fordert Stocker die Abschaffung des Regionalrates und der Regionalregierung. De facto ein „Los von Trient“, wie es schon 1957 auf Schloss Sigmundskron gefordert worden war. Eine eigene Landespolizei wäre eben-

falls ein unverzichtbares Element dieser Struktur.

Mehr Autonomie fürs Land müsse zwingend auch mehr Autonomie für die Gemeinden mit sich bringen, ist Stocker überzeugt. Zwischen Landesregierung und dem Rat der Gemeinden sollte deshalb vereinbart werden, welche Zuständigkeiten besser vom Land und welche besser von den Gemeinden verwaltet werden können. Eine entsprechende Finanzierung ginge in der Folge mit einher.

„Es sei nun wichtig, diesen Vorschlag gemeinsam zu diskutieren und auszubauen, damit die „Voll“-Autonomie ein Ziel werde, das von allen mitgetragen wird“, meinte die Parteibömann-Stellvertreterin bei der Vorstellung in Gais. Ob der Duden und die „Deutsche Rechtschreibung“ bereit sind, Stockers „vollautonomen“ Begriff mitzutragen, stellt sich spätestens bei der nächsten Reform zur Rechtschreibung heraus. • alè



Voller „Vollautonomisten“

Foto: alda



Mehr Kompetenzen den Gemeinden

Foto: alda

Bürger zweier Staaten

Eine Podiumsdiskussion zur österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler fand neulich auf Betreiben der Schützen dies- und jenseits von Outlet Brennero in Innsbruck statt. Am Tisch Platz genommen hatten Nationalrat Stefan Prähauser (SPÖ), Bundesratspräsident a. D. Helmut Kritzinger (ÖVP), Landeshauptmann a. D. Wendelin Weingartner (ÖVP), SVP-Obmann Richard Theiner sowie Hans Heiss (Grüne) und Sven Knoll (Südtiroler Freiheit).

Unter der Bevölkerung Südtirols ist der Drang nach zwei Pässen weniger ausgeprägt als manche patriotische Partei oder parteiische Patrioten glauben



Von politischer Prominenz besetztes Podium

machen möchten. In Österreich steht man diesem Problem, sofern es überhaupt eines darstellt, ebenfalls skeptisch gegenüber. Österreichs Außenminister hatte sich erst kürzlich negativ dazu geäußert. Nichtsdestotrotz gibt es dies- und jenseits von Outlet Brennero genügend Verfechter der sogenannten „doppelten Staatsbürgerschaft“. Dazu gehören u. a. ex Landeshauptmann Wendelin Weingartner sowie die Exponenten der SVP, der Süd-Tiroler Freiheit, der Freiheitlichen und auch der BürgerUnion. Nicht alle verfolgen dasselbe Ziel mit derselben Intensität.

Wie auch immer, derzeit sind die Voraussetzungen für politische Scharmützel abseits des großen Euro-Schulden-Schlachtfeldes denkbar schlecht. Und es ist etwa nicht so, dass Österreich diese Krise vom Himmel her betrachten könnte und von den Folgen verschont bliebe. Das nicht. Es ist lediglich eine Frage des Ausmaßes. Diesbezüglich dürfte Österreich, gemessen an Italien, allerdings besser dastehen. Völlig unbedeutend in dieser Zeit ist es jedenfalls, wessen Staates Bürger wir sind.

• w-er